



Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuell/mediathek/index.html>

Kiel, 18. Februar 2016

TOP 46: Bericht zur schulischen Qualitätsentwicklung (Drs. 18/3719)

Kai Vogel:

Evaluation als Chance begreifen

In den kommenden Wochen starten die neuen Anmelderunden für die weiterführenden Schulen. Im Vorwege haben die Schulen bei „Tagen der offenen Tür“ ihre eigenen Leistungen und Besonderheiten präsentiert. Ausschlag auch dafür war PISA 2000. Dies war ein Wendepunkt, der den Blick der deutschen Öffentlichkeit auf unsere Schulen entscheidend verändert hat.

PISA hat in allen sechzehn Bundesländern nicht nur Debatten, sondern auch sehr konkrete Entscheidungen darüber ausgelöst, wie wir unter Wahrung der föderalistischen Pluralität unsere Schulsysteme weiterentwickeln sollen. Die deutsche Schule des Jahres 2016 ist nicht mehr die Schule des Jahres 2000, sie ist sehr viel besser.

Dieser Landtag und die Landesregierungen der letzten zehn Jahre, jedenfalls soweit Sozialdemokraten an ihnen beteiligt waren, haben Reformen auf den Weg gebracht, in deren Mittelpunkt die Eigenverantwortung der Schulen und die der einzelnen Pädagoginnen und Pädagogen steht.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Nach dem Jahr 2000 wurden in Schleswig-Holstein Schulprogramme geschrieben, die es ermöglichten, die eine mit der anderen Schule zu vergleichen. Heute sind diese eine wesentliche Entscheidungsgrundlage für Eltern und Kinder, eine Schule zu wählen oder auch nicht. Ab dem Schuljahr 2003/04 wurde in Schleswig-Holstein EVIT, die externe Evaluation, auf den Weg gebracht. Bundesweit bestaunt und alle anderen Bundesländer sprangen auf diesen Zug mit drauf.

Es war eine bedauerliche Fehlentscheidung der CDU/FDP-Regierung, das System EVIT nicht zu verbessern, sondern ersatzlos abzuschaffen. Warum wurde z.B. nicht versucht, die Schulen gemeinsam mit dem IQSH auf dem Weg zu einer besseren Qualität zu begleiten, statt nur die Kosten zu sehen und deswegen das Fallbeil zu ziehen? Evaluation ist kein Ausdruck von Misstrauen, sondern die Chance, die Schwächen einer Schule zu erkennen und sie dann sinnvoll aufzuarbeiten.

Wir glauben an den Nutzen einer Evaluation und die sich daraus ergebende Qualitätssteigerung. Es ist deshalb der richtige Weg, angesichts der verhältnismäßig geringen personellen Ressourcen, die für das Schulfeedback zur Verfügung gestellt werden können, die Teilnahme bis auf weiteres für freiwillige Schulen anzubieten. Ich traue unseren Schulen mehr Fähigkeit zur Selbstreflexion zu als die Opposition und glaube nicht, dass sich nur die Schulen nach vorn drängen, an denen sowieso alles rund läuft.

Und ich traue auch denjenigen, die an der Evaluation beteiligt sind, mehr zu als die Opposition, denn natürlich werden Lücken in der Personalversorgung, die es bei allen unseren Bemühungen noch gibt, und die zusätzlichen Herausforderungen durch die minderjährigen Flüchtlinge auch Gegenstand der Betrachtung sein, weil nicht jede Schule gleichermaßen souverän mit diesen Rahmenbedingungen umgeht. Es kann und wird definitiv kein Ziel des Schulfeedbacks sein, einer Schule die Schwächen aufzuzeigen und sie dann alleine zu lassen.

Es geht nicht um das Sammeln von Punkten oder gar um landesweite Rankings, die völlig kontraproduktiv wirken könnten, weil die Schulen mit schwächeren Bewertungsergebnissen, statt besser zu werden, von den Eltern gemieden würden, womit sich ihre Probleme potenzieren würden.

Bereits in der 16. Legislaturperiode hat das Bildungsministerium einen äußerst informativen Landesbildungsbericht vorgelegt; das ist seither leider nicht fortgesetzt worden. Dass wir in diesem Jahr, also nach acht Jahren, einen neuen Landesbildungsbericht erhalten sollen, der dann alle zwei Jahre fortgeschrieben wird, ist eine gute Nachricht, nicht nur für die Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker im Landtag, sondern für die gesamte Öffentlichkeit.

Im Herbst dieses Jahres wird das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen in Berlin einen neuen Vergleich der Bundesländer für die Sekundarstufe I präsentieren, und im Dezember wird die neue PISA-Studie veröffentlicht. Wir haben also ein ganzes Jahr vor uns, in dem die Qualitätssicherung und -weiterentwicklung an unseren Schulen im Mittelpunkt stehen wird.

Wir wollen nach der Anlaufphase die Befunde des „Schul-Feedback“ im Ausschuss erörtern, und wir wollen, dass der Bildungsbericht des Ministeriums auch zum Gegenstand einer Parlamentsdebatte wird.

Der Bericht der Landesregierung wirft verschiedene Fragen zur Qualitätsentwicklung an unseren Schulen auf und gibt darauf unterschiedliche Antworten. Wir sollten ihn im Bildungsausschuss weiter beraten und konkrete Schlussfolgerungen ziehen.